

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Besprechungen der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—5 Uhr.

Für die Rückgabe eingekannter Manu-
scripte macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.

Zu den Anzeigen für Inf.-Anzeige:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Sohns Straße, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 324.

Montag den 25. October 1880.

74. Jahrgang.

Auflage 16,200.

Abonnementspreis viertel 4/6, hal-
bjährlich 8/6, incl. Frachtlohn 5 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 45 Rthl.
mit Postbefreiung 55 Rthl.

Zeitschrift für Politik 30 Pf.
Erhöhter Abonnementspreis laut
Preisderegulation. — Tabellarischer
Catalog nach bestem Tarif.

Rechnen unter dem Redactionstitel
die Spaltenzahl 40 Rthl.

Anzeigen sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung promptemontant
oder durch Postnachnahme.

Bekanntmachung.

Die Feuerwehreinrichtung am Fleischergäßchen ist bis auf Weiteres außer Betrieb gesetzt worden.
Leipzig, am 22. October 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Rathw. Gehl.

Vermietung von Verkaufsgewölben.

Folgende zwei im Erdgeschosse des Börsengebäudes am Neumarkt befindliche Verkaufsgewölbe,
nämlich

1) das jetzige an Frau Fanny Berdel, Vincenz vermietet gewesene Gewölbe an der Ecke des
Gallagher's und Neumarktes (Rathhausseite) nebst Niederlagerraum

und
2) das z. B. an Herrn Bildhauermeister Reinhold vermietet, auf der Stockhausseite befindliche
und aus zwei Abtheilungen bestehende erste Gewölbe vom Neumarkt aus nebst Nieder-
lagerraum.

Sollen vom 1. April 1881 an gegen einhalbjährliche Bindung an die Reichthenden anderweit ver-
mietet werden und beraumen wir hierzu einen Versteigerungstermin an Rathhaus am
Donnerstag den 28. d. M. Vormittags 11 Uhr

an, in welchem die Miethlufte sich einfinden und ihre Gebote auf die nacheinander in obiger Reihenfolge
anzubietenden Miethlocalitäten thun wollen.

Die Versteigerung wird bezüglich eines jeden Miethobjectes geschlossen werden, sobald darauf nach drei-
maligem Ausrufe ein weiteres Gebot nicht mehr erfolgt.

Die Vermietungs- und Versteigerungsbedingungen nebst Inventarium der zu vermietenden Localitäten
liegen auf dem Rathhausalle 1. Etage zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 19. October 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Rathw. Gehl.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 24. October.

Die Schwärzung, welche sich der Vatican
Deutschland gegenüber zu vollziehen anfängt, lenkt
die Aufmerksamkeit auf den neuen Staatssecretair
des Papstes. In Wien gilt Monsignore Jacobi
als der geistreichste unter den gegenwärtigen Diplo-
maten der Curie. Der kleine, wohlbeleibte Prälat
mit dem freundlichen Antlitz und den klugen Augen
ist ein Schüler Franchini's; er hat wiederholt mit
dem Fürsten Bismarck unterhandelt und den Reichs-
kanzler persönlich derart für sich eingenommen,
dass er von diesem bei verschiedenen Gelegenheiten
ein „liebenwürdiger Cardinal“ genannt wurde.
Es ist auch nicht unbekannt, welche Anschauungen
von der Lage der Kirche Monsignore Jacobi in
seinem neuen Amt mitbringt. Er sieht die Dinge
ziemlich optimistisch an und soll vor Kurzem erst
geäußert haben, der Sturm, welcher augenblicklich
über die Kirche dahindrause, werde bald dem
Sonnenlichte den Platz räumen. Jacobi ist
der Meinung, dass sich zwischen der Curie
einerseits und Deutschland, Frankreich,
Belgien andererseits trotz aller ungünstigen
Zeichen ein Ausgleich werde finden lassen. Denn
hier, argumentirt er, seien es lediglich politische
Differenzen, die man zu vermitteln habe, und in
politischen Dingen könne immer eine Einigung er-
zielt werden. Mit Deutschland insbesondere
müsse ein Ausgleich herzustellen sein, wenn erst
die deutschen Ultramontanen, Herr Windthorst
voran, darüber belehrt sein würden, dass es ihnen
nicht ansehe, päpstlicher als der Papst zu sein und
Leo XIII. durch ihre Keuztanz zu hemmen, anstatt
sich seinem Willen unterzuordnen. Es muss dahin-
gestellt bleiben, ob Jacobi mit diesen Auf-
fassungen die Lage des Papstthums zu verbessern
im Stande sein wird. Wichtig ist, dass es in
Deutschland, Belgien, Frankreich um wesent-
lich politische Streitfragen handelt; aber gerade
hierin scheint die Schwierigkeit eines Ausgleiches
begündet zu sein.

Wir kommen auf die Haltung der Caplan-
presse zurück, welche jetzt die förmliche Behauptung
aufstellt, dass katholische Volk am Rhein habe
keine Sympathie für Preußen mehr. Also
versichert wenigstens die Bonner „Deutsche Reichs-
zeitung“ in einem Artikel, der zur Begrüßung des
Kaisers in Köln geschrieben ist. Die Ultra-
montanen erkennen gnädig an, dass die preussische
Verwaltung in früheren Jahren manches Gute
geschaffen hat, obwohl auch doch nach dem Bonner
Blatt hinter den Leistungen vieler anderen kleinern
Staaten zurückbleibt, allein seit der Kirchenver-
folgung ist das bische „Sympathie“, das man
allenfalls noch mit Preußen haben konnte, voll-
ständig verschwunden! Es ist gut, dass der
Ultramontanismus einmal wieder ordentlich Farbe
bekommt; er hat in dieser Hinsicht in den letzten
Wochen Ansehenwertes geleistet. Herr
Windthorst mit seinen Reden bei den
Polen, Herr Kötter mit seiner feindlichen
Gegenüberstellung des germanischen Wesens und
des halbasiatischen Ostens, die „Deutsche Reichs-
zeitung“ mit ihrer Behauptung, dass die Sym-
pathie für Preußen am katholischen Rhein ver-
schwunden sei! Herrliche Blicke des ultramonta-
nen Patriotismus! Wie trefflich wissen die
kerulischen Parteiführer gelegentlich sich das Vokal-
stückmäntchen umzuhängen! Aber es bricht doch
immer wieder die wahre Gesinnung durch. In
keiner andern Partei würde sich der Fanatismus
jemals zu so ungeheuerlichen Ausprüchen ver-
heigen, wie zu der Behauptung, man habe
die Sympathie verloren, nicht etwa zu einer
Regierung, Gesetzgebung oder auch Staatsform,
nein zu der ganzen Volks- und Staatsgenossen-

schaft, der man seit vielen Jahrzehnten angehört
und Segnungen ohne Gleichen verdankt. Der
Ultramontanismus gerät in Entzweiung, wenn
man ihm Vaterlandslosigkeit vorwirft. Aber
könnte jemand aus irgend einer andern Partei
sich die kalte Frage vorlegen, ob er noch „Sym-
pathie“ für sein eigenes Volk und seinen Staat
besitzt? Das Centrum hat nachgerade im Staats-
leben eine Stellung gewonnen, die ihm nie hätte
zu Theil werden sollen. Große gesetzgeberische
Leistungen sind auf seine Wirksamkeit gestützt wor-
den, die Conservativen verhandeln fortwährend
über die Abhängigkeiten eines Bündnisses mit den
Ultramontanen, und in mehr als einer Frage ist
es schon tatsächlich zu einem solchen gekommen.
Das politische Leben hätte in diese Veräppelung
nicht geraten können, wenn man nicht die wahre
Befinnung der ultramontanen Partei in bebauer-
licher Weise verkannt und sich eingebildet hätte,
mit solchen Bestrebungen sich verständigen zu
können. Es giebt mancherlei Anzeichen, dass das
Centrum bald wieder in die richtige Stellung ein-
rückt, dass die preussische Regierung und die beson-
nener Conservativen erkennen, mit welchen Ele-
menten sie ein Zusammengehen ins Auge gefasst
und theilweise verwirklicht haben. Hoffentlich
schreitet die Erkenntnis rasch vor, dass man mit
Leuten nicht zusammengehen kann, die „keine Sym-
pathie mehr für Preußen haben“.

Die liberale Seceffion ist, dafür sprechen
verschiedene Anzeichen, im Niedergange begriffen.
Eine immer stärkere Isolierung der neuen Gruppe
macht sich bemerkbar und selbst bei der Fort-
schrittspartei wird die Aufnahme eine immer
spärlichere. Dies Verhältniß wird sich schmerzlich
inniger gestalten, wenn erst einmal die Wahlen
mit ihren Candidatenfragen unmittelbar vor der
Thüre stehen. In Königsberg, also auf einem
für die Sache der Seceffionisten verhältnismäßig
sehr günstigen Boden, hat in den letzten Tagen
eine Versammlung des Wahlvereins der Fort-
schrittspartei stattgefunden, in welcher der Vor-
schlag, mit den ausgetretenen Nationalliberalen
die Bildung einer großen liberalen Partei anzu-
streben, ganz entschieden zurückgewiesen wurde. Die
Redner der Fortschrittspartei fanden das Programm
der Seceffionisten unklar und lächerlich; sie
sahen, dass die letzteren unter sich erhebliche
Reinigungsverschiedenheiten aufwiesen und die
Neigung zur Compromiss- und Opportunitätspolitik
noch nicht genügend abgestreift haben. Die Frage,
ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen die
Fortschrittspartei Veranlassung habe, sich mit der
kleinen Partei der Seceffionisten zu verschmelzen,
beantwortete der Hauptredner mit einem ent-
scheidenden Nein. Die Bildung einer großen libe-
ralen Partei sei zur Zeit ein rein akademisches
Problem; die Seceffion wenigstens sei kein prak-
tischer Schritt zu diesem Ziele hin. Mit mehr
oder minder lächelmäßigem Wohlwollen haben sich
auch auf anderen fortschrittlichen Parteiversammlungen
die Redner geäußert. Wir vermüthen nicht zu er-
kennen, wo bei solcher Stimmung des „entschiedenen
Liberalismus“ die Elemente zur Bildung einer
großen liberalen Partei vorhanden sein werden.
Die ganze Bewegung läuft eben, wie sich immer
deutlicher erkennen läßt, auf die Bildung einer
neuen kleinen Gruppe ohne Bedeutung hinaus.

Es darf jetzt, wie offiziell verlautet, als fest-
stehend erachtet werden, dass die Eröffnung des
preussischen Landtages nicht durch den Kaiser-
König in Person, sondern durch den Grafen
Stolberg, Vizepräsidenten des Staatsministeriums,
erfolgen wird. Im Abgeordnetenhaus soll am
Freitag die Präsidentenwahl stattfinden, während
dieselbe im Herrenhaus noch am Tage der Er-
öffnung erfolgen wird. Die Wiederwahl der
Präsidenten in beiden Häusern darf als sicher ange-

nommen werden; die einleitenden Geschäfte werden
also ohne Zeitverlust erledigt werden können.

Die nationalliberale Fraction des preussischen
Landtages wird nach einem gestern gefassten Be-
schlusse zum 29. d. M. Abends 7 1/2 Uhr im Zimmer
Nr. 8 des Abgeordnetenhauses zu einer Sitzung
berufen werden.

Wie aus Berlin verlautet, würde dem Bundes-
rath eine Denkschrift über die socialpolitischen
Pläne des Reichskanzlers zugehen, welche all-
dann auch der Öffentlichkeit übergeben werden soll.

Die Zusammenkunft der Ausschüsse des
Bundesrathes wird lebhaft besprochen. Es
ist auffallend, dass ein Staat wie beide Reichs-
bürger mit namhaften Handelsplätzen und großer
Industrie, dass ferner ein Küstenstaat wie Olden-
burg aus den Ausschüssen für Zölle und Steuern
und für Handel und Verkehr ausgeschlossen werden
und zweien Innensstaaten wie Königreich Sachsen
und Sachsen-Altenburg Platz machen könnten.
München war seit elf Jahren in beiden Aus-
schüssen in hervorragender Weise thätig und die
wichtigsten Referate in Zoll- und Steuer-Ange-
legenheiten rührten von dem mecklenburgischen
Bundescommissar her. Schon gegen den Schluss
der vorigen Session des Bundesrathes wollte man
von der Absicht wissen, die freihändlerischen Ele-
mente von den Ausschüssen möglichst fern halten
zu wollen.

Wie die „Tribüne“ wissen will, wird entweder wäh-
rend der preussischen Landtags- oder der Reichstags-
Session ein allgemeiner conservativer Partei-
tag in Berlin stattfinden. Schon seit längerer
Zeit finden unter den Führern der Conservativen
Besprechungen hierüber statt, und angesichts der
in der nationalliberalen Partei eingetretenen Spal-
tung wird für ein möglichst einheitliches Zusam-
mengehen aller conservativen Schattirungen bei
den bevorstehenden Reichstagswahlen Stimmung
gemacht.

Die bairische Armee scheint den nord-
deutschen Contingenten des deutschen Heeres an
Tüchtigkeit durchaus gleich zu stehen. Aus
München wird berichtet, dass die diesjährigen
Mannöver der bairischen Cavallerie bei berufenen
Kritikern besondere Anerkennung gefunden haben.
Da diese Waffengattung, welche in den napoleonischen
Kriegen zur leidigen Rheinbundzeit einen
sehr guten Namen hatte, später Ranglos zu
wünschen übrig ließ, ist es doppelt erfreulich, aus
bester Quelle zu vernehmen, dass die diesjährige
Inspection im Namen des Kaisers so befriedigend
ausgefallen ist. Bei dem im bairischen Officier-
corps herrschenden Geiste wird das den Leistungen
von Führern und Mannschaften spendende Lob
nur ein Sporn zu ferneren Anstrengungen sein,
und es ist nicht zu befürchten, dass man auf seinen
neuen Vordern ausruhen wird.

Die Orientfrage bezeichnet man am besten
als eine Intrigenfrage. Wir glauben, dass diese
Bezeichnung die richtige ist und dass der größte
Intrigant schließlich auf der Balkanhalbin-
sel den Sieg davon tragen wird. Ueber Duci-
gnos liegen nur widersprechende Nachrichten vor.
Während eine Meldung aus Cetinje besagt,
dass die in Wien eingestellten Verhandlungen
zwischen den montenegrinischen Delegationen und
Bedri Bey in Vorkanz wieder aufgenommen
worden, dass jedoch durch die neuen türkischen Vor-
schläge die Aussichten auf eine baldige Uebergabe
Ducignos „einigermaßen abgeschwächt“ seien,
läßt sich, wie gestern telegraphisch gemeldet, die
„Agence Havas“ durch Privatnachrichten aus Kon-
stantinopel melden, dass der Sultan alle von der
Pforte aufgestellten Bedingungen, betreffend die
Uebergabe Ducignos, zurückgezogen und die sehr
baldige Uebergabe verheißen habe. Dente meldet
aus die „Polit. Correspondenz“ aus Konstantinopel:
Das Verlangen Montenegro, dass die Uebergabe
Ducignos unmittelbar durch die türkischen
Behörden erfolgen solle, steht noch immer auf
Widerstand. Bedri Bey machte die Concession,
die vorgeschlagene fünfjährige Frist für das Ein-
rücken der Montenegroer nach dem Abzuge der
Türken auf drei Stunden zu reduciren.

Raum ist die griechische Kammer Session
eröffnet und schon ist eine Ministerkrise im Anzuge
begriffen. Der Widerstreit der Parteien kam
gleich bei der Wahl des Kammerpräsidenten zum
Ausbruch, und zwar trug die Opposition den
Sieg über die Regierungspartei davon. Die Lage
hat sich für Griechenland augenblicklich durch-
aus ungünstig gestaltet. Wenn man auch in
Athen die Grenzherabsetzung für so wichtig
hält, dass man ihrertwegen vor dem Kriege nicht
zurückweichen, so betrachtet man in Europa die Sache
nicht ähnlich. Für Deutschland ist die griechische
Grenzangelegenheit eine Frage zweiten Ranges
und die Mehrzahl der Mächte ist keineswegs geneigt,
sich freihalten in unabsehbare Verwicklungen zu
führen. Wenn die Griechen allein auf eigene

Hand den Krieg erklären, so wird man sie daran
nicht hindern, ebensomöglich ihnen aber helfen, und
sie werden eben sehen müssen, wie sie mit den
Türken fertig werden. Das ist dann ihrer Sache.
Wenn sie aber vorsichtig und überlegt handeln
wollen, so werden sie warten, bis sich Verhältnisse
ergeben, die der Geltendmachung ihrer Forderungen
günstiger sind als die jetzigen.

Eine wichtige Frage wird, wie die Pariser
„Corr. Havas“ meldet, in den ersten Tagen nach
der Eröffnung der parlamentarischen Session in
der französischen Kammer angeregt werden,
die über die gesetzliche Dauer des Mandats der
Deputirten. Es handelt sich darum, ob man
die Anzahl der Legislaturen nach der Anzahl der
bewilligten jährlichen Budgets oder nach der An-
zahl der verfloffenen Jahre bestimmen soll, mit
anderen Worten, ob die gegenwärtige, am
14. October 1877 für vier Jahre gewählte
Kammer bis zum 14. October 1881 dauern
soll, oder ob das Gesetz einfach sagen
wollte, nach der Erledigung des vierten jähr-
lichen Budgets würde die Kammer durch eine
neue ersetzt werden. — Die Communeards
sind unentwegt bei der Arbeit. Vor einigen Tagen
präsidirte Felix Pyat wiederum einer revolu-
tionären Versammlung. Ein ehemaliges Mitglied
der Commune, der „Vürger“ Gamton, äußerte:
„Wenn ihr den Rath habt, in zwei Monaten die
Commune wieder ins Leben zu rufen, so wird es
in zehn Jahren keine Monarchen mehr in Europa
geben.“ Nach einer dritten Rede nahm die Ver-
sammlung folgende Anträge an: 1) In Anbe-
tracht, dass die volle Souveränität des Volkes
drei unbestreitbare Besugnisse hat, den Boden, die
Waffen, das Votum, und drei Gewalten, die
gerichtliche, gesetzgebende und ausführende, beschließt
die Versammlung folgenden Antrag: Das fran-
zösische Volk muß sich organisiren, um durch die
Abstimmung in den Besitz und die Ausübung
seiner Souveränität zurückzuführen. 2) Tages-
ordnung. Die im Saal Graffard vereinigten
Bürger erheben entschlossensten Anspruch gegen die
Verfolgung des Blattes „La Commune“; sie er-
klären sich für solidarisch mit den Ideen Felix
Pyat's.“

Die belgische Regierung tritt mit größter
Entschiedenheit gegen den Ultramontanismus auf.
Der Minister des Innern, Koln Jaquyns, ist
am letzten Montag im Senat gewesen, wo er sich
daraus handelt, am 25. d. für einen im Senat
erledigten Sitz einen liberalen Mann zu wählen.
Ausersehen dazu ist der Fabrikant Prosper Per-
sone, und zu dessen Gunsten hat denn auch der
Minister in der vorhergehenden Versammlung der
liberalen Wähler Sentis eine ebenso fräftige
als glänzende Rede gehalten. Bei der Freiheit,
die in Belgien herrscht, sagte er zum Schluss, wird
die liberale Regierung gegen alle Anfechtungen der
kerulischen Partei stark bleiben und mit Unterstützung
der Wähler die einzig richtige Staatsraison durch-
setzen. „Niemand wird Belgien nach Canosa
gehen, weder 1850, noch 1852, noch sonst; denn
unsere Lösung ist allezeit: Vorwärts für die Un-
abhängigkeit der Staatsgewalt! Vorwärts für
König und Vaterland! Vorwärts für Gesetz und
Freiheit!“ Die ganze Rede war ein schätzbare
Protest gegen die Herrschaft des Klerus, welche
die Minister zu Dienern des Erzbischofs von
Mecheln, die Volksvertreter zu geistlichen Werk-
zeugen der Bischöfe und die Schullehrer zu Knech-
ten der Pfarre“ machen möchte.

Aus Rom wird eine Ministerkrise signalisirt.
Differenzen, die zwischen Cairoli und Depretis
ausgebrochen sind und deren Beilegung trotz der
Demüthigungen der beiderseitigen Freunde nicht er-
folgte, dürften noch vor Eröffnung des Parlaments
zu einer theilweisen Umbildung des Ministeriums
führen. — In der Umgebung Garibaldi's wird
versichert, derselbe werde sich bestimmen am 3. No-
vember nach Mailand zur Einweihung des für die
im Jahre 1867 bei Mentana gefallenen Garibal-
dianer erichteten Denkmals begeben.

Wie aus London verlautet, sind dreizehn der
herausragendsten Mitglieder der irischen Land-
liga von der Regierung behufs gerichtlicher Ver-
folgung anverwahrt. Die Verhaftungen werden
vermuthlich nächsten Monat erfolgen und die Ver-
handlungen dann sofort ihren Anfang nehmen.
Wie die „Central News Agency“ mittheilt, soll
ein aus einflussreichen Liberalen bestehendes Co-
mité gebildet werden, dessen Zweck darin bestehen
soll, erstlich bei der Regierung behufs Erreichung
anfergewöhnlicher Maßregeln zur Sicherstellung
von Eigenthum und Leben in Irland sowie zur
strengen Bestrafung agrarischer Verbrechen vor-
stellig zu werden, ferner, um der Regierung alle
Unterstützung zur Ausführung dieser Schritte an-
zugeben zu lassen. Die irischen Führer befehlen
sich seit Bekanntwerden der Absichten der Regie-
rung größerer Mühsamkeit.
Die Leidorgane Gladstone's lassen es an